Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-mm-Grundzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklame 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 177 — Sonnabend, den 30. Juli 1932 — 27. Jahrgang

Die bevorstehenden Maßnahmen in Preußen

Preußen und das Reich — Beschlüsse der kommissarischen Preußenregierung

Berlin, 28. Juli. Der vom Reichskanzler mit der Durchführung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte Dr. Bracht gibt über die gestrige preußische Ministerialsitzung eine Mitteilung heraus, die erkennen läßt, daß in allernächster Zeit weitgreifende Veränderungen in der preußischen Verwaltung, vor allem wohl in der Einziehung mehrerer preußischer Ministerien, bevorstehen. Die amtliche Mitteilung besagt:

In Ausführung der zweiten preußischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 sind durch Verordnung des Staatsministeriums vom 27. d. M. eine größere Anzahl von Landkreisen und Amtsgerichten eingespart worden. Die Einzelheiten dieser Verordnung können zurzeit noch nicht bekannt gegeben werden, da mit Rücksicht auf den Umfang des Gesetzgebungswerks, das über einen Bogen umfaßt, sich eine Veröffentlichung in so kurzer Frist technisch nicht durchführen läßt; insbesondere aber auch deshalb, weil die Publikation einzelner Teile der Verordnung nicht den erforderlichen Gesamtüberblick geben würde und daher zu Mißverständlichkeiten und falschen Schlüssen führen könnte.

Abgesehen von diesen Einsparungen in der Lokalinstanz stehen weitere Maßnahmen mit dem Ziel einer Konzentration in der Zentralinstanz bevor und mit der Reichsregierung sind Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit und zweckmäßigere Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet.

Bei diesen Verhandlungen wird die Frage im Vordergrund stehen, ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Verordnung vom 8. Juni 1932 auferlegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.

Zu dieser amtlichen Erklärung hört man, daß, wie es schon angekündigt war, etwa 60 Landkreise und Amtsgerichte aufgehoben werden sollen. Die Bekanntgabe wird wahrscheinlich erst nach den Wahlen stattfinden. Von wesentlich größerer Bedeutung ist die Ankündigung, daß man mit dem Reich über eine neue Aufgabenverteilung verhandele. In politischen Kreisen nahm man gleich nach der Einrichtung eines Reichskommissariats für Preußen an, daß eine Zusammenlegung von preußischen und Reichsministerien beabsichtigt sei. Der Reichskanzler hat zwar erklärt, daß eine Reichsreform durch das Vorgehen gegen Preußen nicht in Aussicht genommen sei, aber die jetzige Mitteilung läßt doch erkennen, daß eine Verschmelzung von Verwaltungszweigen geplant ist, die die selbständigen Aufgaben Preußens ganz erheblich vermindern soll. Es wird davon gesprochen, daß für eine Zusammenlegung mit Reichsministerien vor allem in Betracht kommen sollen die preußischen Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Volkswirtschaft, deren Aufgabe die Reichsministerien für Ernährung, Wirtschaft und Arbeit übernehmen könnten. Ob dieser Weg gewählt wird oder ob eine Zusammenlegung der preußischen Ministerien untereinander geschieht, läßt sich noch nicht übersehen. Sicher ist aber, daß eine erhebliche Verkleinerung der preußischen Verwaltung bevorsteht.

Und der deutsche Osten?

Von Oberstudiendirektor Dr. Steffens-Marienburg.

Je mehr Kenntnis wir von den Vorgängen und Ergebnissen in Lausanne und Genf erhalten, umsomehr verstärkt sich der trostlose Eindruck, daß beide Konferenzen für die berechtigten Forderungen Deutschlands ein Fiasko bedeuten. Wenn man den finanziellen Ertrag von Lausanne auch noch so hoch bewerten möchte — er wird durch die Labilität dieses Resultats, die die Vereinbarungen der anderen Mächte geschaffen haben, nahezu illusorisch. Denn wie kann eine Beruhigung, eine Erholung unserer Volkswirtschaft, wie kann neues Hoffen, eine Zuversicht auf ruhigere Fortentwicklung bei uns einziehen, wenn noch immer eine beträchtliche Tributlast unsere Schultern drückt, und wenn das Aufhören der Tribute von einem so unsicheren Faktor wie der Streichung oder Ermäßigung der Kriegsschulden durch Amerika abhängig bleibt! Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie unendlich schwer alle Verhandlungen mit unseren Gegnern sind, von denen Frankreich trotz allen Entgegenkommens und guten Willens auf unserer Seite bei seiner traditionellen Feindseligkeit gegen uns beharrt und die andern Mächte weit entfernt sind, uns zuliebe ihre eigenen Interessen beiseite zu setzen. Es ist nur bedauerlich, daß nicht die Nationalsozialisten diese Verhandlungen haben führen müssen, damit ihr Können oder Nichtkönnen einmal vor aller Welt klar zutage getreten wäre! Gerade unsere erbärmliche Zwietracht, die schändlichen Zustände unseres inneren Lebens, der latente und leider nun schon offene Bürgerkrieg in deutschen Landen haben — neben Fehlern unserer Delegationen — unsere Position in Lausanne und Genf von vornherein fast rettungslos verfahren.

Wir im deutschen Osten empfinden das vielleicht ganz besonders, weil es sich verbindet mit der unaufhörlich brennenden und fortdauernd steigenden Not unserer besonderen Lage. Man täusche sich nicht darüber: die durch die sinnlose Grenzziehung hervorgerufene Not an all unseren östlichen Grenzen, in all unseren östlichen Grenzgebieten wird nicht durch die Zeit und durch Gewöhnung an den einmal geschaffenen Zustand irgendwie gemildert, sondern sie wächst ins Riesenhafte. Daher kann auch niemals die Rede davon sein, daß wir uns jemals mit dieser Grenzziehung abfinden könnten. Zu unseren unverjährbaren und immer wieder zu erhebenden Forderungen gehört die einer grundlegenden Revision unserer Ostgrenzen. Die Deutsche Volkspartei hat dem immer wieder Ausdruck gegeben, und alle national denkenden Deutschen müssen sich dem anschließen. Es ist undenkbar, daß es je eine Regierung geben könnte, die davon abweiche. Leider hat man allerdings nicht vernommen, daß in Lausanne oder in den Verlautbarungen des Reichskanzlers auch diese Forderung wenigstens „angemeldet" wäre.

Es ist eine ungeheure Belastungsprobe, der die Nerven der Ostmärker andauernd ausgesetzt sind. Ich will noch gar nicht einmal davon sprechen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, daß immer wieder (auch dieses Mal wieder während der Verhandlungen in Lausanne) das Schreckgespenst eines „Ostlocarno" auftauchen kann. Nehmen wir an, daß es unberechtigte Furcht ist. Aber es müßte den Ostmärkern die Sicherheit und Gewißheit gegeben werden, daß nie und nimmer, es komme, wie es wolle, eine Anerkennung des jetzigen territorialen Zustandes im deutschen Osten auch nur erwogen würde! Zu dieser Furcht tritt die maßlose wirtschaftliche und kulturelle Not im deutschen Osten, die die allgemeine, unter der ganz Deutschland seufzt, noch um ein Beträchtliches überfteigt. Das wirtschaftliche Elend in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Handel, Gewerbe, Industrie — über das Durchschnittsmaß ebenfalls gesteigert durch die Grenzziehung — ist so groß, daß sich die wenigsten Deutschen davon ein ausreichendes Bild machen können; es ist so groß, daß die Ostmärker schon aufgehört haben, darüber zu klagen; eine tiefe, an Verzweiflung streifende Resignation hat weithin Platz gegriffen. Was bisher für den deutschen Osten zur Behebung der wirtschaftlichen Katastrophe geschehen ist, war nicht hinreichend, nicht geschickt, nicht durchgreifend. Ganz anders, großzügiger und systematischer müßte durchgegriffen werden.

Resignation ist die für den Osten gefährlichste Stimmung seiner Bewohner. Denn unsere Ostmark ist — vergessen wir es nie! — auch noch in ihrem jetzigen zerfetzten

Heute Flaggen auf Halbmast

Nationaltrauer für die Toten der „Niobe"

Berlin, 28. Juli. Anläßlich des Untergangs des Segelschulschiffes „Niobe" der Reichsmarine setzen am Donnerstag, dem 28., und Freitag, dem 29. Juli, die Reichsbehörden im ganzen Reichsgebiet die Flaggen auf halbmast. Die Landesregierungen sind ersucht, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen. Die sächsische Regierung hat daraufhin ebenfalls angeordnet, daß die sächsischen staatlichen Dienstgebäude, die staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Stiftungsgebäude am 29. Juli halbmast zu beflaggen sind. Den Gemeindebehörden wird anheimgegeben, auf eine entsprechende Beflaggung der übrigen öffentlichen und privaten Gebäude hinzuwirken.

Einigung zwischen Reich und Ländern in der Rundfunkangelegenheit

Berlin, 28. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichsratsausschusses ist zwischen der Reichregierung und den Ländern in der Frage der Neuregelung des Rundfunks eine völlige Einigung zustandegekommen und ein Ausgleich zwischen den Interessen der Länder und des Reiches geschaffen worden. Es wurde eine Reihe von Leitsätzen festgelegt, nach denen in Zukunft der Rundfunk geleitet werden soll. Die Leitsätze, deren endgültige Revidierung noch nicht abgeschlossen ist, werden wahrscheinlich morgen veröffentlicht werden.

Amerika zu Konzessionen bereit, wenn Europa abrüstet

Paris, 28. Juli. Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter „Neuyork Herald" und „Chicago Tribune" berichten übereinstimmend, daß der amerikanische Botschafter Edge in seiner gestrigen dreieinviertelstündigen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herriot darauf hingewiesen habe, daß der Schlüssel für eine Zusammenarbeit Amerikas mit Europa in der Abrüstung liege. Wenn nach dieser Richtung ein entscheidender Schritt getan und eventuell gleichzeitig eine Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen angebahnt werde würden die Vereinigten Staaten zu Konzessionen bereit sein.

Französische Blätterstimmen zur Rundfunkrede des Reichswehrministers

Paris, 28. Juli. Alle Blätter, die sich mit der Rundfunkrede des Reichswehrministers von Schleicher beschäftigen, halten sie für bedeutungsvoll. Eine Reihe von Organen scheint die Rede vor die Frage gestellt zu haben, was muß geschehen, damit die zweite Tagung der Abrüstungskonferenz ein greifbareres Ergebnis zeitigt als die erste, die Positives nicht gebracht hat. Der Führer der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, fordert im „Peuple" die öffentliche Meinung auf, sie möge einen Druck auf die Regierung ausüben, damit diese sich zu einer endgültigen Lösung des Abrüstungsproblems bereitfänden. — An der Einstellung der nationalistischen Blätter jedoch hat die Rede des Reichswehrministers nichts geändert. — Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" hebt zwar hervor, daß die Alternative „Entweder Abrüstung oder Umbau der deutschen Wehrmacht" noch nie von einer so hochstehenden Persönlichkeit so eindeutig formuliert worden sei. Aber er vermag daraus wieder nur die Folgerung zu ziehen, daß man die deutsche Forderung als unbegründet hinstellen und weitere Stärkung der „Verteidigung" Frankreichs fordern müsse. In den Redaktionsstuben des „Journal" scheint die Rundfunkrede Schleichers so große Erregung hervorgerufen zu haben, daß jedes gesunde Urteilsvermögen und Gefühl für den guten Ton verloren gegangen ist. Das Blatt erklärt, die Offenheit Schleichers sei immer noch der Methode Dr. Stresemanns, die in gehässigster Weise angegriffen wird, vorzuziehen. Es befürchtet bereits eine „Rückkehr zum Regime Friedrichs des Großen" in Deutschland. — Das Organ der Radikalen Partei „Ere Nouvelle" tröstet sich mit der Phrase, daß die französische, von Herriot vertretene These ja bereits dahin laute, daß die Sicherheit aller Völker organisiert werden müsse. Die Ausführungen des Blattes zeigen aber deutlich, daß für die deutsche Forderung nach Sicherheit nach Auffassung des „Ere Nouvelle" in dieser französischen These kein Raum ist. „Petit Parisien" ist eines der wenigen Blätter, das einsieht, daß die Kundgebung des Reichswehrministers vor allem als Ausfluß der tiefen Enttäuschung zu gelten habe, die Deutschland in Genf erleben mußte.

Der Magdeburger Polizeipräsident seines Amtes enthoben

Magdeburg, 28. Juli. Der Magdeburger Polizeipräsident Dr. Bärensprung ist heute nacht seines Amtes enthoben worden. Zu seinem vorläufigen Stellvertreter wurde Oberregierungsrat Sträter vom Polizeipräsidium ernannt. Dr. Bärensprung gehört der SPD. an.

Kommunistische Rundfunkstörung

Berlin, 28. Juli. In einer Kundgebung der Kommunisten im Neukölner Stadion erklärte der Berliner Bezirksleiter der KPD., Ulbricht, obwohl der Rundfunk für die KPD. verboten sei sei heute abend im Rundfunk der Ruf „Es lebe die Kommunistische Partei!" ertönt.

Die Tatsache einer kommunistischen Störung wurde vom Rundfunk bestätigt, der noch heute abend eine Erklärung zu dem Vorfall abgeben wird.

Berlin, 28. Juli. Die Berliner Funkstunde gab heute abend kurz vor 11 Uhr im Rundfunk eine Erklärung ab, in der es heißt: In der heutigen Veranstaltung um 6¾ Uhr „Rudolf Wittenberg liest eigene Prosa" hat der Vortragende in grober Verletzung seiner Verpflichtungen in seinen Vortrag einen politischen Wahlaufruf hineingeflochten. Die Funkstunde bedauert, daß durch ein technisches Versehen dieser Vorfall nicht rechtzeitig verhindert werden konnte. Durch Verschärfung der Dienstanweisung hat die Funkstunde Vorsorge getroffen, daß die Wiederholung eines solchen Vorfalles in Zukunft unmöglich ist.